

Geschäftsbereich Energie, 1020 Wien, Praterstern 3

Per Email: tarife@e-control.at

Energie-Control Austria
Rudolfplatz 13A
1010 Wien

ÖBB-Infrastruktur AG

Dipl.-Ing. Tanja Kienegger
Geschäftsbereichsleiterin Energie
tanja.kienegger@oebb.at

Datum 17.11.2021

Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert wird (SNE-V 2018 – Novelle 2022)

Sehr geehrte Damen und Herren,

seitens der ÖBB-Infrastruktur AG (nachfolgend kurz „Infra AG“) bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Novelle der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 (SNE-V 2018 – Novelle 2022) und ersuchen um Berücksichtigung dieser Stellungnahme.

1. Bahnstromnetz der Infra AG als Garant eines sicheren und zuverlässigen Bahnbetriebs

Die Infra AG betreibt ein zweiphasiges zentrales Bahnstromnetz mit einer Spannung von 110 kV und 55 kV. An dieses Bahnstromnetz, welches mit der bahnspezifischen Frequenz von 16,7 Hz betrieben wird, sind zur Energieaufbringung Kraftwerke der Infra AG, Kraftwerke von Energieunternehmen und Frequenzumformer angeschlossen. Die Bahnstromversorgung stellt ein in sich geschlossenes System (eine Regelzone) dar. Die Schnittstellen zum öffentlichen 50-Hz-Elektrizitätssystem werden durch Frequenzumformer hergestellt. Aus Sicht des öffentlichen 50-Hz-Elektrizitätssystems ist die Infra AG Verbraucher mit angeschlossener regelfähiger Eigenerzeugung, die unter anderem für die sichere Bahnstromversorgung aufgrund der hohen Lastdynamik im Bahnstromsystem benötigt wird. Die Infra AG hat das Potenzial, mit ihrem eigenen Bahnstromnetz das öffentliche Elektrizitätssystem in kritischen Situationen zu entlasten.

Der Schienenverkehr ist wesentlich energieeffizienter als der Straßenverkehr – mit den ÖBB ist man 27-mal klimafreundlicher unterwegs als mit einem durchschnittlichen PKW, jede Tonne Fracht auf der Schiene verursacht etwa 44-mal weniger Treibhausgasemissionen als der Transport mit einem durchschnittlichen LKW. Die Förderung des öffentlichen Verkehrs ist daher ein zentrales Anliegen der österreichischen Bundesregierung, ebenso wie der EU. In Verwirklichung dieses Ziels, stellt die Infra AG die Bahnstromversorgung allen Eisenbahnverkehrsunternehmen diskriminierungsfrei zur Verfügung.

2. Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der SNE-V 2018 – Novelle 2022

a. Überproportionale Belastung des Eisenbahnverkehrs

Das Bahnstromnetz der Infra AG ist über sechs Frequenzumformer mit dem öffentlichen Stromnetz auf Netzebene 1,2 und 3 verbunden. Auf den Netzebenen 1 und 2 ist für den Bezug an den Frequenzumformern sowohl die Brutto- als auch die Nettokomponente zu entrichten.

Da die ÖBB die Bruttokomponente für die gleiche Energiemenge entrichtet wie die Nettokomponente, nicht wie Verteilnetzbetreiber für die Gesamtabnahme im Netzgebiet, wird sie durch die Verschiebung des Verhältnisses zwischen Brutto- und Nettokomponente überproportional belastet. Die Anhebung der Nettokomponente wird nicht annähernd durch die Senkung der Bruttokomponente ausgeglichen.

Gemeinsam mit den moderateren Steigerungen auf Netzebene 3 steigen die Netzkosten für die Bahnstromversorgung um ca. 15%. Es handelt sich dabei um eine wiederholte Steigerung im Laufe der letzten Jahre. In den letzten fünf Jahren, seit 2017, haben sich die Netzentgelte für die Infra AG mehr als verdoppelt.

In weiterer Folge bedeutet die Erhöhung der Netzentgelte höhere Kosten für die Infra AG, welche an die Kunden der Infra AG – insbesondere alle Eisenbahnverkehrsunternehmen – weiterverrechnet werden müssten. Dies würde in der Folge auch zu einer Verteuerung in Millionenhöhe und damit zur eklatanten Benachteiligung des Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene im Vergleich zum Straßenverkehr und sohin zu höheren Schadstoff- und CO₂-Emissionen führen.

b. Fristgerechte Veröffentlichung

Darüber hinaus stellt auch die kurze Frist von der Veröffentlichung des Entwurfs (5.11.2021) bis zur Inkraftsetzung der gegenständlichen Verordnung (01.01.2022) eine zu kurze Übergangsfrist dar und kann bzw. konnte daher diese Entgelterhöhung nicht zeitgerecht in die Geschäftsplanung der Infra AG einfließen.

Die Infra AG ist gesetzlich dazu verpflichtet, die Bahnstrom-Netzentgelte den Eisenbahnverkehrsunternehmen über ein Jahr im Voraus bekannt zu geben und veröffentlicht diese in den Schienennetznutzungsbedingungen, welche unter der Kontrolle der Schienen-Control-Kommission (SCK) stehen, spätestens im Dezember jeden Jahres. Die Anpassung der entsprechenden Tarife wird dann allerdings nicht im nächsten (ab Jänner des darauffolgenden Jahres), sondern erst ab Jänner des übernächsten Jahres wirksam.

Durch die Diskrepanz in der Umsetzungsfristen entsteht der Infra AG ein finanzieller Schaden. Daher regt die Infra AG an, in Zukunft eine Harmonisierung anzustreben.

3. Zusammenfassung

Aus den oben genannten Gründen ist aus Sicht der Infra AG die Erhöhung der Netzentgelte für 2022, insbesondere als Konsequenz der Verschiebung zwischen Brutto- und Nettokomponente auf den Netzebenen 1 und 2 aus derzeitiger Sicht nicht gerechtfertigt und spricht sich die Infra AG gegen die Erhöhung im beabsichtigten Ausmaß aus. Darüber hinaus wird dringend empfohlen, die Frist zur Erhöhung zumindest um 1 Jahr aus obigen Gründen zu erstrecken.

Mit freundlichen Grüßen
Für die ÖBB-Infrastruktur AG

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Tanja Kienegger'.

Dipl.-Ing. Tanja Kienegger, MBA